

LEBEN MIT GESCHICHTE

Am 2. August 1948 unterzeichnet Stalin im Kreml den Erlaß zum Bau der neuen Sowjetischen Botschaft Unter den Linden in Berlin – also des Hauses, in dem die Tagung von ICOMOS stattfindet. Das Bauwerk, das sich im übrigen in der Tradition europäischer Botschafts- und Gesandtschaftsbauten bewegt, sonst aber den Formen stalinistisch historisierender Architektur folgt, soll nach den Plänen des Chefarchitekten des Außenministeriums der UdSSR, Strishevsky, errichtet werden. Von deutscher Seite – von Hans Scharoun und Kurt Liebkecht – geäußerte Vorstellungen, mit dem Entwurf einen deutschen Architekten, nämlich Heinrich Tessenow, zu beschäftigen, werden damit gegenstandslos.

Der Erlaß vom 2. August bedeutet aber nicht erst den Beginn der Arbeit an diesem Projekt, sondern zu diesem Zeitpunkt wird der Entwurf Strishevskis bereits so weit entwickelt gewesen sein, daß er praktisch in seinen Grundzügen beurteilungsfähig war, denn Ende 1948 sind die für das äußere Erscheinungsbild wesentlichen Fassadenaufrisse bereits fertiggestellt, nachdem mutmaßlich nach Festlegung eines Bedarfsprogramms der Grundriß und damit die Gesamtdisposition entwickelt worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen deshalb auch die insgesamt benötigten Grundstücke erworben gewesen sein: Der neue Botschaftspalast sollte die traditionsreiche zaristische Botschaft an dieser Stelle in ihrer räumlichen Ausdehnung bei weitem übertreffen. Bei dem erheblichen Umfang der gesamten Anlage darf deshalb durchaus mit einem Planungsbeginn bereits Ende 1947 oder Anfang 1948 gerechnet werden, einen entsprechenden Beschluß der politischen Führung in Moskau zum Bau dieses Hauses dazu ohnehin noch vorausgesetzt – über diese Vorgeschichte müssen indessen die Archive des ehemaligen Außenministeriums der UdSSR erst Auskunft geben.

Nur in sehr groben Zügen trifft zu, wenn Pjotr Abrassimow in seiner Publikation über »Das Haus Unter den Linden« behauptet, der Bau der Botschaft sei so etwas wie ein unterstützender Akt der Sowjetunion im Augenblick der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. Als die DDR am 7. Oktober 1949 schließlich gegründet wurde, war die Botschaft nach einem mutmaßlich bereits zweijährigen Vorlauf im Rohbau nahezu vollendet. Der Grund für den Neubau reicht also offensichtlich in eine zeitlich tiefere Schicht der sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945 zurück.

Am 8. Mai 1945 hatte die deutsche Wehrmacht nach ihrer bedingungslosen Kapitulation vom 2. Mai in Reims noch einmal vor der Roten Armee in Berlin-Karlshorst in Anwesenheit von Vertretern der westlichen Alliierten Streitkräfte kapituliert. Spätestens drei Jahre – wenn die Vermutungen über den Planungsbeginn des Botschaftsbaus schon Ende 1947 zutreffen sollten, etwas mehr als zwei Jahre nach dieser Kapitulation, die zugleich die Auflösung des Deutschen Reiches bedeutete – will sich die Siegermacht UdSSR an der traditionellen Stelle ihrer im Kriege zerstörten, ursprünglich zaristischen und seit 1917 dann sowjetischen Botschaft wieder mit einer diplomatischen Vertretung niederlassen (möglicherweise zusätzlich zu einer noch fortbe-

stehenden Sowjetischen Militäradministration in Deutschland – der SMAD), was nur Sinn macht, wenn die UdSSR zu diesem Zeitpunkt von einem Deutschland ausgeht, das als Staat selbständig und unabhängig ist oder unabhängig werden soll – wenn dieser neue deutsche Staat verfassungsrechtlich und parteipolitisch auch wohl bereits in bestimmten Strukturen gedacht worden ist.

Das Jahr 1947 begründet die endgültige und offene Konfrontation zwischen der stalinistischen Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Am 12. März begründet Truman in seiner Kongreßbotschaft die Unterstützung der freien Völker gegen alle Versuche ihrer gewaltsamen Unterwerfung von innen oder von außen. In den gleichen Tagen scheidet die am 10. März in Moskau zusammengetretene Außenministerkonferenz an den Fragen zur künftigen politischen Gestaltung Deutschlands – die Vorstellungen der Westmächte über ein föderalistisch auszubildendes Deutschland treffen auf sowjetische Ablehnung, der Forderung nach Reparationsleistungen für die Sowjetunion auch durch die westlichen Besatzungszonen setzen die Westalliierten Widerstand entgegen. Über die schroffen Gegensätze zwischen den beiden sich herausbildenden Machtblöcken besteht seit der Moskauer Außenministerkonferenz kein Zweifel mehr, selbst wenn Stalin die Meinungsverschiedenheiten als erste Erkundungsgefechte herunterzuspielen versucht. Trotzdem reagiert jetzt der Osten sofort auf Maßnahmen des Westens: Den europäischen Staaten des sowjetischen Einflußgebietes wird die Teilnahme an der Pariser Marshall-Plan-Konferenz im Juli 1947 untersagt, auf der die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft eingeleitet werden soll – den Plan zur amerikanischen Hilfe hatte George C. Marshall am 5. Juni 1947 in seiner in Harvard gehaltenen Rede verkündet. Im Juni wird für den Geltungsbereich der Sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Wirtschafts-Kommission als Planungs- und Steuerungsbehörde gegründet, so daß schon 1947 durch Bodenreform, Maßnahmen der Entnazifizierung und die Organisation volkseigener Betriebe 90% des Bergbaus und 50% der metallurgischen Produktion planwirtschaftlich beherrscht werden. Vom 6. bis 8. Juni tagt in München die Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutscher Länder, auch der der sowjetischen Besatzungszone: Durch die Westmächte in ihrer Tagesordnung strikt auf wirtschaftliche Fragen eingegrenzt bedeutet die von den ostdeutschen Ministerpräsidenten aufgeworfene Frage nach der Bildung einer deutschen Zentralverwaltung das Auseinanderfallen der Konferenz. Mit dem Juni 1947, seit der Pariser Marshall-Plan-Konferenz, nimmt Stalin den Kampf um die Macht in Europa und Deutschland auf, und seit dieser Zeit steht die Frage nach einer deutschen Zentralverwaltung für ihn augenscheinlich auf der Tagesordnung.

Am 26. November 1947 verkündet der Vorstand der SED die Einberufung eines »Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden«, denn – so die Begründung – eine gesamtdeutsche Vertretung zur Wahrung der deutschen Interessen auf der seit diesem Monat in London tagenden Außenminister-

konferenz sei durch SPD und CDU zu Fall gebracht worden. Dieser I. Volkskongreß tagt vom 6. bis 8. Dezember ganz selbstverständlich in Berlin im Admiralspalast in der Friedrichstraße. Die britische Regierung lehnt jedoch am 12. Dezember die Einreiseanträge einer Delegation des Volkskongresses ab. Nur zwei Monate später fordert Marschall Sokolowski am 11. Februar 1948 auf der Sitzung des Alliierten Kontrollrates, den Volkskongreß für ganz Deutschland zuzulassen, denn am 7. Februar hatte die amerikanische Militärregierung die Wahlen für einen neuen Volkskongreß in ihrem Sektor untersagt. Daß der Volkskongreß weiterhin ein ungeteiltes, aber sozialistisch bestimmtes einheitliches Deutschland anstrebt, macht Wilhelm Pieck am 18. März 1948 – am Tag der hundertjährigen Wiederkehr der Revolution von 1848 – während des II. Deutschen Volkskongresses deutlich, wenn er eine gesamtdeutsche Volksbewegung für einen deutschen Einheitsstaat mit Unterstützung der Freunde im Westen schaffen will. Pieck kündigt ferner die Ausarbeitung einer Verfassung für einen solchen deutschen Einheitsstaat an.

Und offensichtlich um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Bemühungen um das Zustandekommen und die Unterstützung eines solchen deutschen Einheitsstaates zu belegen, wird der Bau der Sowjetischen Botschaft Unter den Linden mutmaßlich spätestens Anfang 1948 geplant. Dem offiziellen Inkraftsetzen der Baupläne mit Unterschrift Stalins am 2. August 1948 folgt – möglicherweise ein Zufall – am 3. August die Billigung der Richtlinien für die von Pieck am 18. März angekündigte Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat.

Die Chronologie der nachfolgenden Teilung Deutschlands ist zu bekannt, um hier noch einmal rekapituliert werden zu müssen. Ergebnis auch der nur kurzen Erinnerung an die politischen Umstände zur Zeit der Entstehung der Botschaft: Sie ist nicht nur Zeugnis der Architekturgeschichte, und damit zugleich ein Dokument, das zum Zeitpunkt seiner Vollendung ideologische Auswirkungen auf das Bauschaffen der gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik haben sollte, sondern sie transportiert für denjenigen, der sich den Botschaften der Geschichte aufschließt, Stationen nicht nur der sowjetischen, sondern indirekt auch der deutschen Geschichte in die Gegenwart. Durch die unmittelbare sinnliche Anschauung ihrer Zeugnisse werden solche Mitteilungen der Vergangenheit in die Gegenwart transportiert. Wir leben – ob wir wollen oder nicht – in der Gegenwart von Geschichte.

Das mag im vorliegenden Fall unseres Botschaftsgebäudes zunächst wie selbstverständlich erscheinen, sind oder sollten doch die Deutschen nach der Vereinigung vom 3. Oktober 1990 besonders aufgeschlossen gegenüber den Fragen sein, wie es zur Teilung ihrer Nation und deren Überwindung gekommen ist. Diese Gegenwart von Geschichte ließe sich nun – würde man die Tauglichkeit der jetzigen Botschaft der Russischen Föderation als einen solchen Beleg anzweifeln – durch beliebig andere Beispiele ersetzen. Das Botschaftsgebäude ist aber deshalb besonders sinnfällig, weil es nicht nur – im Wortsinne – Botschaften zur deutschen, sondern auch zur Geschichte der ehemaligen Sowjetunion und der junge Russischen Föderation übermittelt.

Um deshalb zu wiederholen: Wir leben in der Gegenwart von und jeder besonders in der Gegenwart von »seiner« Geschichte, die zugleich unsere Geschichte ist, aber wir leben nicht – außer wir wollen reaktionär sein – in der Geschichte, aus der Zukunft bewußt ausgeblendet wird. Einbeschlossen in diese Einsicht ist, daß sich das Begreifen der Gegenwart von Geschichte über die

reine Kenntnis von Geschichtsabläufen und das Wissen um deren Wirkungen in Gefühlsbindungen umsetzt.

Eine Aufgeschlossenheit für die Botschaften der Geschichte ist nicht selbstverständlich. Man wird sehr schnell feststellen, daß Bindungen an die Vergangenheit immer dann zunehmen, wenn einmal die Unzufriedenheit mit den Bedingungen der Gegenwart besonders ausgeprägt ist, und gleichbedeutend mit solcher Unzufriedenheit die Wirkungskraft des Fortschrittsgedankens als treibender Kraft zivilisatorischer Weiterentwicklung gebrochen ist. Die Wirksamkeit von geschichtlichen Prägungen, die nicht mit nur noch leere Hüllen bewahrenden Traditionen gleichzusetzen sind, ist somit selber ein historisches, zumal weil periodisch auftretendes Phänomen.

Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die Einbußen, die der Fortschrittsgedanke in der jüngeren Vergangenheit erlitten hat: Der Zusammenbruch der sozialistischen Staatsform als eindimensionale, zwangsläufig bereits enddefinierte Fortschrittsentwicklung mit dem Endprodukt der kommunistischen Gesellschaft in Osteuropa auf der einen Seite, im Westen andererseits die weit ins öffentliche Bewußtsein eingedrungene Einsicht über die ungeheuren Umweltschäden und fast unabweisbar gewordenen täglichen Umweltkatastrophen, die der technisch zivilisatorische Fortschritt zwangsläufig zur Folge hat. Beide Merkmale mögen als hinreichende Belege für die Erschütterung des Glaubens an den Fortschritt und als Nährboden des gegenwärtigen Mißtrauens gegenüber der Moderne gelten. Nur – diese Einschränkung muß an dieser Stelle gemacht werden – jegliche Diskreditierung des Fortschritts beseitigt ihn nicht, er bleibt im einfachen Ablauf von Zeit als bestimmendes Phänomen zwangsläufig bestehen. Eine Krise des Fortschrittsgedankens entkräftet nicht den Fortschritt selber.

Das ganze 19. Jahrhundert war bereits durch dieses Wechselspiel zwischen der Hinwendung zur Geschichte einerseits und der Bindung an den Fortschritt andererseits geprägt worden. Ende des 18. Jahrhunderts hatte die Romantik in ihrer Abwehrhaltung gegenüber den als gekünstelt empfundenen Zuständen des Spätbarock einerseits und der konsequenten und als kalt empfundenen Logik der Aufklärung andererseits die an die Wurzeln zurückführende mittelalterlich-vaterländische Geschichte wie die Zeit des Urchristentums als Zustand wie als Quelle ungebrochen frischer, das heißt ursprünglicher (originaler) Lebens- und Kunstäußerungen entdeckt, in die tunlichst die Moderne nicht einbrechen möge. Schon um 1820 beginnt indessen die Abkehr von der Romantik, und um die Mitte des 19. Jahrhunderts verleihen die technischen Errungenschaften dem Fortschrittsglauben im liberalen Bürgertum ungebrochene Zustimmung, während gleichzeitig die Ausrichtung an der Geschichte sich in die Form einer konservativen Staatsdoktrin kleidet, die von einer ständisch verfaßten Gesellschaft unter einem Souverän ausgeht, der als Herrscher seine Legitimation immer noch von »Gottes Gnaden« bezieht; notfalls muß diese Gesellschaftsordnung mit militärischer Macht gegen das Prinzip der von den Demokraten verfochtenen Volkssouveränität behauptet werden.

Der Konflikt zwischen Fortschritt in die Zukunft und Bindung an die Vergangenheit mit ihren ursprünglichen, weil unverdorbenen Zuständen läßt sich an zwei aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Zitaten besonders deutlich machen: 1855 beschreibt der Berliner Volkskalender die Fabrikanlagen von August Borsig mit ihren sprichwörtlich gewordenen rauchenden Schornsteinen in Berlin-Moabit folgendermaßen: »... die Gegenwart ist hinausgeeilt aus der Waldeinsamkeit in das frische tatkräftige Leben, – sie fragt nicht mehr nach dem, was sich der

Wald erzählt, sondern deutet die Zeichen des elektrischen Telegraphen. Die Poesie der Gegenwart ist die Industrie, jeder Lokomotivzug ist ein Triumph des menschlichen Geistes, die Zeit der Romantik ist vorbei.« Das Sinnbild der deutschen Romantik, der Wald, wird gleichsam verächtlich abgetan, das Rauschen seiner Blätter durch das Ticken des Telegraphen ersetzt. Der »Triumph des menschlichen Geistes«, die Intelligenz, tritt an die Stelle der Allmacht des Gefühls. Die Gegenposition zu dieser neuen technischen Welt lautet, formuliert von Immermann: »Vor allen Dingen sollen die Fabriken eingehen und die Ländereien dem Ackerbau zurückgegeben werden. Jene Anstalten, künstliche Bedürfnisse künstlich zu befriedigen, erscheinen nur verderblich und schlecht. Die Erde gehört dem Pfluge, dem Sonnenschein und Regen, welcher das Samenkorn entfaltet, der fleißigen, einfach arbeitenden Hand.« Eingetreten wird also für die Rückkehr zur einfachen bäuerlichen Welt des selbstgenügsamen Menschen, der in den Kreislauf der Natur eingebunden ist.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Geschichte dieses Gegenpaars im 19. und 20. Jahrhundert zu verfolgen. Um aber zu belegen, wie sich dessen Bogen noch bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts spannt, sei auf einen Essay von Carlo Schmid »Über den Europäischen Menschen« verwiesen, veröffentlicht in »Die Neue Rundschau 1950«, in dem er der Frage nachgeht, »welche Eigenschaften ... den europäischen Menschen« ausmachen – ein für die Aufbruchstimmung in der jungen Bundesrepublik Deutschland überaus kennzeichnendes Dokument. Den europäischen Menschen möchte Schmid von der Last der Geschichte befreit wissen, wenn er schreibt: »In der Tat hat nichts anderes aus einer Halbinsel Asiens den Kontinent Europa werden lassen als jener immerwährende Aufstand gegen den Anspruch der Natur und der Geschichte, den Menschen schlechthin determinieren zu können; nichts anderes denn jene immerwährende Weigerung, sich innerhalb der Schöpfungsordnung mit der Rolle eines Wesens, das nur erleidet, zufrieden zu geben.« Und die Schlußfolgerung Schmid's lautet: »Zwar muß er wie jeder Mensch dieser Welt die Last der Geschichte tragen, aber er will es wissend tun, und darüber hinaus will er in jedem Augenblick imstande sein, das Joch der Vergangenheit, die er selber schuf, abzuschütteln! Denn so gut der Mensch Europas auch weiß, daß die Wirkungen notwendig den Ursachen entspringen, so will er doch nichtsdestoweniger sein Leben so führen, als könne er je und je von einer jungfräulichen Gegenwart aus aufbrechen.«

Deutlich wird aus dem Schmid'schen Wortlaut der Glaube noch der fünfziger Jahre, sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zwar nicht gänzlich von der Last der Geschichte befreien, sich gleichwohl aber über sie erheben zu können. Und deutlich wird auch, daß die Last der Geschichte nicht als Geschichtsbildung im wissenschaftlich akademischen Sinne, als Gelehrsamkeit aufgefaßt ist, sondern daß die – und diese von Schmid der Geschichte beigelegte Eigenschaft soll sicherlich wörtlich genommen werden – drückende Last der Geschichte als so etwas wie eine Art gesellschaftliches und damit kollektives Erinnerungsvermögen und damit als Wissen um die Geschichtlichkeit des eigenen Seins gemeint ist – wenn dieses kollektive Wissen auch als Fessel auf dem Wege zur Entfaltung des Wesens eines europäischen Menschen begriffen wird.

Gerade die Erfahrungen der lebenden Generation belegen aber, wie gefährlich es ist, sich über die Lehren aus der Geschichte erheben zu wollen oder sogar erheben zu müssen – populistisch ausgedrückt: sie zu verdrängen, denn die Schatten der

Vergangenheit aus der Zeit der Väter – so die heutige öffentliche Meinung – holen die Söhne immer wieder ein. Darin unterscheidet sich die grundsätzliche Erfahrung des 19. und des 20. Jahrhunderts von den mittelalterlichen Ordnungsvorstellungen, »da das Denken über die dauernde Ordnung des Seins und nicht der Wandel, die ›mutabilitas rerum‹ zentrale Bedeutung besaß, da der Mensch, wie Theodor Litt sagt, Geschichte wohl ›hatte‹, sie erlebte, aber nicht selbst Geschichte ›war‹, sich als ›geschichtlich‹ empfand« – so Otto Brunner 1961. Unsere eigenen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit belegen eben, daß man sich nicht beliebig aus seiner Vergangenheit verabschieden kann, daß man nicht – um Schmid noch einmal zu wiederholen – »je und je von einer jungfräulichen Gegenwart aus aufbrechen« kann. Immer noch gilt, »daß« – wiederum Schmid – »die Wirkungen notwendig den Ursachen entspringen«. Darum ist es unerläßlich, sich über die in der Geschichte liegenden Ursachen Klarheit zu verschaffen, wenn man ihre Wirkungen in der Gegenwart verstehen will. Wir leben in der Gegenwart von Geschichte, weil wir mit ihr leben müssen, denn wir können uns ihren Wirkungen nicht entziehen.

Bereits während der ersten Entwicklungsphase des Fortschrittgedankens nach 1820 wird eine sehr genaue Kritik an der sich an Ur-Zuständen orientierenden Welt der Romantik geübt; sie richtet sich gegen das »dumpe Gefühl« und die »unbedingte Gewalt«, die diesem Gefühl über den Menschen eingeräumt wird. Diese Kritik muß auch heute noch gelten. Weder ein nur noch formelhafter Traditionalismus noch die unreflektierte Empfindung können heute Grundlage des Umganges mit den Geschichtszeugnissen sein, denn beide Haltungen – an sich unfruchtbar – führen eher die Konfrontation zwischen den beiden Lagern mit ihren inzwischen erstarrten Ritualen und Argumentationen weiter, als daß sie zur Überwindung der Gegenüberstellung und damit zu einer fruchtbaren Weiterentwicklung führen. Die Lösung kann nur durch die Entwicklung einer dialektischen Wechselwirkung zwischen dem Alten, das dann – und nicht nur notgedrungen – seinen Dokumentarcharakter bewahren muß, und dem Neuen, das sich als erkennbare Moderne zu formulieren hat, gefunden werden.

Wenn der Fortschritt sich zwangsläufig bereits mit dem Fluß von Zeit einstellt, wäre seine Verneinung ein reaktionär törichtes Unterfangen. Entscheidend bleibt deshalb, welches Maß an Macht über uns diesem Fortschritt eingeräumt wird – ob er mit naturgesetzlicher Gewalt alles hinwegräumen darf, was sich ihm in den Weg stellt oder was ihm hinderlich, ärgerlich, vielleicht auch nur lästig erscheint oder was – weil nicht begriffen – einfach als bedeutungslos angenommen wird. Muß und darf Fortschritt folglich immer mit einem darwinistischen Recht des Stärkeren einhergehen? Und ist – um mit Goethe zu reden – erlaubt, was gefällt oder erlaubt, was sich schickt?

Die deutsche Denkmalpflege könnte – sich auf ihre eigene Geschichte in Verbindung mit der Heimatschutzbewegung um die Jahrhundertwende berufend – gleichsam auf ihre traditionelle Rolle des Widerstandes gegen die Zerstörung von Landschaft und Geschichte durch den technisch zivilisatorischen Fortschritt verweisen, aber hier würde Berufung auf Geschichte eben wiederum nur der Legitimation des eigenen Tuns dienen. Ziel sollte es aber sein, nicht nur einen Sektor mit den Wirkungen seiner nur ihm innewohnenden mechanistischen Abfolgen zu bedenken, sondern im Sinne eines gesellschaftlichen Konsenses Einvernehmen über die Notwendigkeit bestimmter Verhaltensweisen gegenüber den Zeugnissen der Geschichte herzustellen –

sich im Sinne Schmidts einerseits mit der »drückenden Last der Geschichte« auseinanderzusetzen und gleichzeitig darüber nachzudenken, daß nur erlaubt ist, »was sich ziemt«. Berufung auf die legitimierende Wirkung von Geschichte würde lediglich die Formalisierung von Traditionen bedeuten, während unser Thema des Lebens mit Geschichte lautet, Geschichte zu bewahren und sie trotzdem gleichzeitig zu überwinden – mithin die Janusköpfigkeit von Gegenwart zu begreifen, den Gegensatz nicht durch Konfrontation zu vertiefen, sondern in einem neuen, sich gegenseitig bedingenden Verhältnis aufzulösen.

Geschichte zu bewahren und gleichzeitig zu überwinden bedeutet zunächst zweierlei. Einmal: Es ziemt sich nicht, Fortschritt mit dem Mittel der Zerstörung einhergehen zu lassen. Und: Der Fortschritt muß sich in seiner Eindimensionalität durch die mahnende Wirkung der Geschichte brechen lassen. Als Wechselwirkung bewirkt Fortschritt, daß das historische Dokument tatsächlich der Geschichte anheimfällt, durch die Moderne gleichsam in seine endgültige Position eingebracht wird und in der Verbindung mit der Moderne die drückende Gewalt von Geschichte über die Gegenwart verloren geht.

Verzicht auf Zerstörung schließt nicht den Verzicht auf Veränderung ein, doch kann Veränderung jetzt nur noch unter der Vorgabe einer additiven Hinzufügung zum Geschichtsdokument geschehen, wobei sich das Neue mit dem Alten unter beiderseitigem Respekt vergesellschaftet.

Auf das Thema unserer Tagung angewendet: Auch die Revolution verwirkt so das Recht, die Denkmäler und Zeugnisse der verhaßten Vorgänger zu stürzen, denn mit dem Augenblick der Revolution ist der Vorzustand, weil überwunden, der Geschichte anheimgefallen und deren mahnende Wirkung kann mit der sinnlich erfahrbaren Gegenwart von Geschichtszeugnissen eintreten, selbst wenn von Leidtragenden die dadurch ausgelöste körperliche und psychische Schmerzhaftigkeit als unerträglich empfunden wird. Vernichtung und Zerstörung bewirken indes Vergessen, und Vergessen schließt die Gefahr von Wiederholungen ein. Die besorgnisvolle Beschwörung, mit dem Schutz des Geschichtsdokumentes würden Kultstätten für Ewig Gestrige geschaffen, belegt eine merkwürdige Zaghaftheit der Revolutionäre und belegt gleichermaßen, daß fehlende geistige Überwindung der eigentliche Kern für die politische Angst von Wiederholung ist.

Der Lenin-Platz in Berlin mit dem Denkmal seines Namensgebers war eine mehrfache Herausforderung, er war Stachel im Gewissen der lebenden Generation. Der Platz in seinem heutigen Zustand ist eine – im Wortsinn – nicht begreifbare Leere, die mutmaßlich bald die falsche Idylle vermeintlicher Urbanität überzuckern wird. Es stellt nur einen Kompromiß dar, daß das Denkmal nicht zerstört, sondern – wenn auch mit Schädigungen – abgebaut und eingelagert worden ist, wobei es zum Schutz vor Andenkenjägern eingegraben wird. Bereits dieses den Andenkenjägern Ausgeliefertsein kennzeichnet den ersten Schritt von einem Monument der Ideologie in ein Denkmal der Geschichte – bestes Beispiel wird die Berliner Mauer sein, die von Andenkenjägern buchstäblich zernagt worden ist.

Schutz des Geschichtsdokumentes vor Zerstörung bedeutet nicht, darauf zu verzichten, Zeichen der Überwindung zu setzen, gleichsam ein solches Denkmal aus der Sicht der Gegenwart zu kommentieren. Solche Zeichen der Überwindung wären erst der eigentliche Beleg für eine tatsächliche Befreiung, für eine geistige Überwindung von der »drückenden Last« der Geschichte.

Es wäre töricht zu glauben, daß sich solche Überlegungen in die politische Realität einbringen ließen. Im Kräftespiel der par-

lamentarischen Demokratie herrschen gegenwärtig Rücksichtnahmen auf die Befindlichkeiten der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, und durchsetzungsfähig ist das, was mehrheitsfähig ist oder von dem der Politiker glaubt, daß es durchsetzungsfähig sei und ihm zur Rolle des Mehrheitsbeschaffers verhilft. Und zu mächtig ist noch die kulturgeschichtliche Kraft eben jener Übung, wonach der Sieger (mit dem Recht des Stärkeren) Zeichen der Überwindung durch Zerstörung setzen zu können glaubt.

Das einzelne Beispiel, das zum Leben mit der Geschichte herausfordert, kann sich zu ganzen Geschichtslandschaften verdichten, in denen sich jenseits aller Staatsdenkmäler Bedeutung und Würde zu erkennen gibt. Zum anfangs dargelegten Einzelbeispiel der Botschaft der Russischen Föderation mag – in der Darstellung ebenso verkürzt – deshalb die Geschichtslandschaft treten, die sich mit der ehemaligen preußischen *via triumphalis* zwischen ehemaligem Stadtschloß im Osten und der Siegestsäule im Westen mit der Querachse Reichstag – Wilhelmstraße erstreckt.

Die ehemals auf das Stadtschloß der Hohenzollern, jetzt auf den Palast der Republik zuführende Achse des Straßenzuges Unter den Linden wird mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zur *via triumphalis* Preußens. Ihren Ausgangspunkt findet diese Bedeutungszumessung durch den Einzug Napoleons 1806 nach dem mit der Niederlage von Jena und Auerstädt eingeleiteten verheerenden Zusammenbruch Preußens. Die triumphale Geste des französischen Kaisers provoziert nach dem Ende der Befreiungskriege 1815 nachgerade den Einzug des jetzt siegreichen preußischen Heeres über die gleiche Route als Zeichen der Überwindung der Schmach von 1806. Die Militärparaden Unter den Linden – oft in Anwesenheit von Staatsgästen, die Ausgestaltung der unmittelbaren Umgebung der Neuen Wache mit den Standbildern der Feldherren der Freiheitskriege, die Errichtung des Denkmals Friedrich II. 1840 begründen eine Entwicklung, die sich mit den Einzügen der Feldheere nach den Kriegen von 1864, 1866 und 1871 sowie mit dem Umbau des Zeughauses in eine Ruhmeshalle des preußischen Heeres 1871 bis in das Ende des Zweiten Weltkrieges fortsetzt, als sich Schukow und Montgomery nach der Niederlage des Deutschen Reiches am Brandenburger Tor treffen, um sich an diesem symbolträchtigen Ort gegenseitig Orden zu verleihen. Und mutmaßlich nicht zufällig treibt die Rote Armee am 2. Mai 1945 einen endlosen Zug deutscher Kriegsgefangener von Westen über die klassische Parade- strecke durch das Brandenburger Tor nach Osten in die Rüdersdorfer Kalksteinbrüche. In einem Akt trotzigem Selbstbetruges kehrt das geschlagene kaiserliche Feldheer des Ersten Weltkrieges Anfang Dezember 1918 durch dieses Tor nach Berlin zurück. Und Josef Goebbels läßt Ende 1944 den Berliner Volkssturm – das letzte Aufgebot an alten Männern, Kindern und Krüppeln – mit untauglichen Waffen, mit denen die Rote Armee aufgehalten werden sollte, hier aufmarschieren. Nach 1945 bilden die jährlich stattfindenden Paraden der Westalliierten auf der Westachse im Umfeld der Siegestsäule sowie die Wachaufzüge der Nationalen Volksarmee an der Neuen Wache schließlich den Bodensatz dieser Tradition.

Während heute die Straße Unter den Linden in ihrer Rolle als bald wieder glanzvolle Einkaufs- und Flanierstraße – als die Inkarnation des sprichwörtlichen weltstädtischen Boulevards – beschworen wird, geht ihre geschichtliche Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein nahezu unter: Daß die Straße Unter den Linden Schauplatz eines zweihundertjährigen Ganges der deut-

schen Geschichte ist, in dessen Verlauf auf ebenso glanzvolle Siege abgrundtiefe Niederlagen gefolgt sind, die nahezu die letzte Kraft der Nation erschöpften. Solche mahnenden Wirkungen bestehen nicht mehr: Daß auf Siege Niederlagen schlimmer Art gefolgt sind, daß Niederlagen aber auch immer wieder die Kräfte des Wiederaufbaues freigesetzt haben.

Zu dieser *via triumphalis* entwickelt sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts südlich entlang der Leipziger Straße so etwas wie eine Straße des Parlamentarismus, denn seit 1849 und 1851 haben das preußische Abgeordnetenhaus im Palais des ehemaligen Staatskanzlers, des Fürsten Hardenberg, am Dönhoffplatz am östlichen Endpunkt der Straße und das preußische Herrenhaus auf dem Grundstück Leipziger Straße 3, auf dem Grundstück der Familie Mendelssohn-Bartholdy, im Westen ihre Standorte gefunden. In diesen Häusern ist die Wirkungsstätte Bismarcks. Die Unterbringung des provisorischen Deutschen Reichstages ab 1871 auf dem Nachbargrundstück Leipziger Straße 4 verstärkt sogar noch diese Entwicklung der Leipziger Straße, bis mit der Fertigstellung des eigentlichen Reichstagsgebäudes nordwestlich vor dem Brandenburger Tor 1894 und dem 1905 vollendeten Neubau des preußischen Landtages auf den zusammengelegten Grundstücken Leipziger Straße 3-4 über die Wilhelmstraße als Regierungsstraße gleichsam eine Querachse zur *via triumphalis* entsteht. Politischer Mittelpunkt der Wilhelmstraße wird der Wohn- und Amtssitz des Reichskanzlers, nach der Reichsgründung von 1871 eben Bismarcks. Die Wilhelmstraße bleibt aber auch weiterhin als Wohnort Straße der Prinzen des königlichen Hauses und wird in einer seit dem späten 18. Jahrhundert einsetzenden Entwicklung zunehmend Standort für Ministerien, schließlich der diplomatischen Vertretungen der ausländischen Mächte.

In den Standorten der Parlamente vollzieht sich die Geschichte des Streites zwischen den beiden das 19. Jahrhundert bis zur Niederlage des Ersten Weltkrieges beherrschenden Prinzipien – einmal der Volkssouveränität, der parlamentarischen Demokratie als Volksvertretung, zum anderen der ständisch verfaßten konstitutionellen Monarchie. Noch dem Deutschen Reichstag steht bis 1918 nicht das Recht zu, den Reichskanzler zu wählen. Erst Philipp Scheidemann proklamiert von einem Fenster des Reichstages aus am 9. November 1918 die Republik, als ihm zugehört wird, Karl Liebknecht sei auf dem Wege zum Stadtschloß, um dort die sozialistische deutsche Republik nach dem Muster der jungen Sowjetunion auszurufen. Aber erst der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte entscheidet sich am 19. Dezember 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus für das parlamentarisch demokratische System und gegen die Räterepublik. In diesen Kreis der Parlamentsstandorte ordnet sich 1949 – wenn auch wohl unbeabsichtigt – der Gründungsort der Volkshaus der Deutschen Demokratischen Republik im Festsaal des Hauses der Deutschen Wirtschaftskommission ein, dem vormaligen Reichsluftfahrtministerium Hermann Görings, in dem der moderne Luftkrieg geplant und begonnen worden war. Als Zeichen des Freiheitswillens tagen Bundestag und

Bundesrat zunächst im Neubau der Kongreß-Halle, schließlich durch Chruschtschow unter Druck gesetzt und durch Tiefflüge von Mig's aus Anlaß der Eröffnung der IV. Wahlperiode des Deutschen Bundestages über dem Hause fast physisch bedroht. Letztlich dokumentiert sich in diesen Standorten der Parlamente über den Zeitraum von einhundertfünfzig Jahren und über alle äußeren und inneren Bedrohungen die Entstehung der heutigen Staatsform der Bundesrepublik mit den warnenden Einbrüchen der sogenannten Präsidialkabinette seit 1930 und des Faschismus seit 1933. Dessen Machtzentrale war die Reichskanzlei und dann die Neue Reichskanzlei Wilhelmstraße/Ecke Voßstraße als Sitz Hitlers. Der Mittelpunkt der Volksverführung befand sich im Propagandaministerium des Josef Goebbels gegenüber im ehemaligen Johanniter-Ordenspalais am Wilhelmplatz. Der Terror bis hin zum Versuch der Vernichtung ganzer Völker wurde von der Prinz-Albrecht-Straße 8 aus gelenkt. Die Verwebung dieser ganzen Geschichtslandschaft von *via triumphalis*, deutscher Parlamentsgeschichte und Stätten des Faschismus war 1945 bereits so groß, daß das Reichstagsgebäude zum quasi offiziellen Eroberungsziel der Roten Armee geriet und die Fahne des Sieges folgerichtig oben auf seiner Kuppel gehißt wurde; vom 2. Mai 1945 an wird der Reichstag zur Pilgerstätte der Rotarmisten, die die Wände der Ruine über und über mit Inschriften bedecken.

Das Schicksal aller dieser Standorte müßte eingehend betrachtet werden, um festzustellen, daß mit den Zerstörungen der Schauplätze von Geschichte auch Geschichte selber vernichtet wird – Geschichte besteht nicht nur aus den staubig in den Archiven verwahrten Quellen, aus Forschung und Lehre, dem bürgerlichen Bildungsvergnügen wie dem kollektiven, aber zeitlich begrenzten Erinnerungsvermögen der Öffentlichkeit, weil dieses immer nachläßt, wenn die direkte, selber erlittene Erfahrung verblaßt, sondern gerade deshalb auch aus dem Ort des Geschehens. Denn nur über den Ort des Geschehens mit seiner unmittelbar sinnlichen Erfahrbarkeit kann das kollektive Erinnerungsvermögen immer wieder genährt werden.

Es gilt, gleichsam zwei Zerstörungshorizonte zu unterscheiden: Einmal bedeutet die Zerstörung von Bauwerken den unwiederbringlichen Verlust von oft bedeutender Architektur und auch der an sie gebundenen Geschichtsstätte, doch kann selbst über einen Neubau immerhin der Geschichtsort, wenn auch nicht die Eindringlichkeit des unmittelbaren historischen Handlungsraumes indirekt fortgeführt werden. Die Geschichtslandschaft bleibt trotz Einbuße immer noch vor Ort beschreibbar. Mit der Zerstörung von Architektur und Topographie geschieht dagegen über die Zerstörung von Architektur hinaus die Vernichtung von Geschichte, denn der Ort des Geschehens wird – weil nicht mehr erkennbar – aufgelöst.

Zerstört ist die Neue Reichskanzlei als – altväterlich ausgedrückt – Ort des Bösen. Aber ist mit der Vernichtung des Ortes auch das »faschistische Ungeheuer« tatsächlich besiegt? Das Leben mit Geschichte bleibt uns nicht erspart.